



Norddeutscher Rundfunk
stellvertretende Intendantin Frau Lütke

ZDF-Landesstudio Niedersachsen
Studioleiter Herr Peter Kunz

10.09.2026

Sehr geehrte Frau Lütke, sehr geehrter Herr Kunz,
liebe Redakteure, Journalisten und Programmgestalter,

der Vorwurf, der ÖRR berichte nicht ausgewogen, wird lauter. Und natürlich muss er belegt werden. Längst laufen breite Untersuchungen, die über einen langen Zeitraum und umfassend das Programm analysieren. Immer wieder weisen auch wir auf einzelne Sendungen hin, die in besonders krasser Weise dem im Medienstaatsvertrag festgeschriebenen Grundsatz der Unparteilichkeit zuwiderlaufen.

Neben direkt wertenden Aussagen in der Berichterstattung wird dieser Grundsatz auch immer wieder durch Auslassungen und die Verbreitung halber Wahrheiten verletzt. Auch diese halben Wahrheiten tragen zur Manipulation der Meinungsbildung bei.

In dieser Woche besonders aufgefallen ist zum Beispiel die Tagesschau in einfacher Sprache. In dieser Sendung wurde die AfD als rechtsextreme Partei bezeichnet, ohne darauf hinzuweisen, dass 1. diese Einstufung vom Verfassungsschutz vorgenommen wurde, der dem Innenministerium unterstellt ist - also in direkter Abhängigkeit von der derzeitigen Landesregierung erfolgte und 2. diese Einstufung keinerlei rechtliche Aussage- und Bindungskraft hat, da die Partei ein zugelassener Teil der politischen Landschaft ist. Zusätzlich wird verschwiegen, dass auch die anderen Parteien ihre Linie in der Migrationspolitik geändert haben, die Planung, dass „viele Ausländer Deutschland verlassen sollen“ längst Teil der Politik ist – diese Parteien in der Tagesschau-Logik also auch rechtsextrem wären. Es wird die von der AfD geplante getrennte Beschulung behinderter und nicht behinderter Kinder erwähnt und die langjährige erfolgreiche Praxis der Förderschulen verschwiegen.

Man möchte dieser Sendung einige Sätze zufügen:

„Den Parteien, die es schon länger gibt, gefällt die AfD nicht. Sie möchten lieber selber weiter regieren. Sie möchten, dass alle Kinder zusammen in die Schule gehen, auch wenn die behinderten Kinder vielleicht in eigenen Schulen besser gefördert werden können. Sie möchten weiter Steuergeld ausgeben für Sachen, die sie selber gut finden und Gruppen unterstützen, die ihnen dabei helfen, ihre Ideen umsetzen. Deshalb schließen sich alle anderen Parteien zusammen und versuchen zu verhindern, dass die AfD die Regierung übernehmen kann. Auch wir von der Tagesschau möchten nicht, dass die AfD regiert.“

Die Frage bei der Berichterstattung des ÖRR kann nicht sein, welcher politischen Auffassung die Redakteure und Mitarbeiter sind. Dies ist ausschließlich in Meinungsbeiträgen zulässig.

Ob bei Straßenumfragen immer wieder Parteimitglieder vor der Kamera befragt werden, ohne dass dies kenntlich gemacht wird, dass bei „Bürgerfragerunden“ mit Politikern diese



Bürger nach Gesinnung und/oder Parteibuch handverlesen werden, ohne dies bekannt zu geben, ist Betrug am Zuschauer.

Halbe Wahrheiten – ganze Lügen.

Als weiterführende Lektüre zu den Missständen innerhalb des ÖRR sei Ihnen das „Schwarzbuch Staatsfunk“ empfohlen. Kritiker des ÖRR führen hier besonders eklatante Beispiele für mangelhafte Berichterstattung an.

Je mehr und je länger der ÖRR an dieser Unausgewogenheit festhält, desto mehr an Zustimmung bei den Beitragszahlern wird er verlieren. Der ÖRR sollte Kritik nicht weiterhin einfach vom Tisch wischen, sondern sich damit selbstkritisch auseinandersetzen.

Wir verstehen uns als eine der vielen unterschiedlichen Stimmen, die gegen ein Weiter-So beim ÖRR argumentieren. Wir fordern EHRliche MEDIEN, denn auch eine halbe Wahrheit ist eine ganze Lüge.

Wir verfolgen keinerlei parteipolitische Linie oder ideologische Prägung. Wir erwarten ein umfassendes Abbilden der gesellschaftlichen Realitäten. Nur so kann der ÖRR einen wertvollen Beitrag zur Meinungsbildung leisten.

Für das Anliegen eines ausgewogenen und kritischen ÖRRs, der sich für die Freiheit von Information und Meinung sowie eine vielfältige Debattenkultur einsetzt, steht unsere Initiative auch weiterhin vor dem Funkhaus des NDR, um mit Bürgern und Journalisten ins Gespräch zu kommen.

Freiheitliche und friedliche Grüße

im Namen von **Wir fordern EHRliche MEDIEN**

Cornelia Weituschat

Werner Blumenreuter